



Lücken, die nicht zu schließen wären

„Remigrations“-Pläne würden dem Gesundheitswesen schaden

„Politische Kräfte, die im großen Stil Ärztinnen und Ärzte mit ausländischen Wurzeln in ihre Herkunftsländer zurück-schicken wollen, schaden Deutschland gleich doppelt!“ Mit deutlichen Worten hat Ärztekammerpräsident Dr. Hans-Albert Gehele „Remigrations“-Pläne kritisiert, die das deutsche Gesundheitswesen vor unabsehbare Probleme stellen würden. Der Verlust der betroffenen Kolleginnen und Kollegen sowie weiterer Menschen in Gesundheitsfachberufen würde Lücken in die Versorgung reißen, die nicht zu schließen wären.

Von Klaus Dercks, ÄKWL

Auch wäre das Investment in Weiterbildung und Qualifikation für die Patientenversorgung verloren, warnte Gehele bei der zweiten Sitzung der Kammerversammlung in dieser Amtsperiode am 25. Januar in Münster. Beides kann sich unser Gesundheitswesen nicht leisten“, machte der ÄKWL-Präsident eindringlich deutlich. Die Kolleginnen und Kollegen, die ihr Studium im Ausland absolviert haben und jetzt in Deutschland arbeiten, seien ein wertvoller Teil der Gesundheitsversorgung geworden. „Sie sind integriert, sie fühlen sich als Teil unseres Gesundheitssystems. Ohne sie gingen vielerorts buchstäblich die Lichter aus.“

Gewalt beginnt verbal: „So etwas geht gar nicht!“

Oft werde die zunehmende Gewalt beklagt, der sich Ärztinnen, Ärzte und Angehörige anderer Professionen im Gesundheitswesen ausgesetzt sähen. Gewalt beginne jedoch verbal. „Kann man sich eine deutlichere Gewaltandrohung vorstellen, als das ‚Hau ab‘, das mit einem Fake-Flugticket ‚in die Heimat‘ verbunden ist“, fragte Gehele mit Blick auf derartige Vorfälle. „So etwas ist unverschämt, so etwas geht gar nicht!“

MEDIZINSTUDIENPLÄTZE KEIN THEMA MEHR?

Kammerversammlung kritisiert: Parteien verdrängen das Thema Ärztemangel

Die Kammerversammlung der Ärztekammer Westfalen-Lippe hat kritisiert, dass die politischen Parteien im Vorfeld der Bundestagswahl das Thema Ärztemangel beiseitegeschoben haben. Sowohl im Bereich der Niederlassung als auch in den Krankenhäusern fehlten Ärztinnen und Ärzte in der Patientenversorgung. Haus- und Facharztstühle könnten nicht nachbesetzt werden, in den Krankenhäusern fehlten Ärztinnen und Ärzte zur Weiterbildung zum Haus- oder Facharzt.

Die Kammerversammlung stellte – einem Antrag von Prof. Dr. Rüdiger Smektala folgend – in einem einstimmig gefassten Beschluss „mit großem Bedauern fest, dass



Ärztammerpräsident Dr. Hans-Albert Gehele (r.) – hier mit Vizepräsident Dr. Klaus Reinhardt (M.) und dem Ärztlichen Geschäftsführer der ÄKWL, Dr. Markus Wenning – leitete die erste Arbeitssitzung der Kammerversammlung in der neuen Amtsperiode. Fotos: kd

Dr. Gehele wandte sich entschieden gegen Versuche, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schwächen, zu spalten und Menschen aus der Gesellschaft auszuschließen. Ärztinnen und Ärzte trügen dabei eine besondere Verantwortung. „Es ist gut 90 Jahre her, dass Teile der Ärzteschaft dabei geholfen haben, Menschen bewusst aus der Gesellschaft auszuschließen – mit furchtbaren, mit tödlichen Konsequenzen“,

erinnerte der Kammerpräsident. „Das darf nie wieder passieren. Heute sind wir aufgerufen, zusammenzustehen!“

Im Bundestagswahlkampf hätten Gesundheitsthemen keine wichtige Rolle gespielt, so der Ärztekammerpräsident. Zwar dränge die Ärzteschaft seit Jahren, Problemfelder wie den Fachkräftemangel im Gesundheitswesen, eine ressourcenschonende Patientensteuerung und die Folgen des Klimawandels für die Gesundheit anzugehen. Doch hätten sich die Parteien im Winter-Wahlkampf nicht aus der „Ideen-Eiszeit“ gelöst. Es fehle zudem die Aussicht auf aktives Handeln der Politik, kritisierte Dr. Gehele. Beispielsweise seien zusätzliche Medizinstudienplätze, die mehr ärztlichen Berufsnachwuchs ermöglichen würden, lange angekündigt. „Doch wo bleiben diese Plätze?“

So bleibe das Problem des Ärztemangels bis auf Weiteres ungelöst – und auch die Frage, wer die Gesundheitsversorgung der Zukunft leisten solle. „Wer soll es machen? Ärztinnen und Ärzte oder doch lieber einer der neuen Gesundheitsberufe, die in den letzten Jahren erfunden wurden?“, fragte Dr. Gehele. Ärztliche Arbeitszeit stehe nicht mehr zur Verfügung wie noch in früheren Jahrzehnten. „Die Zeiten, in denen ein Arzt 60, 70 Stunden in der Woche arbeiten wollte, sind definitiv vorbei.“ Doch sei höchst fraglich, ob neue Gesundheitsberufe den Versorgungsbedarf decken könnten. Auch die neuen Studiengänge müssen für viel Geld erst einmal etabliert, Ausbildungsstrukturen geschaffen werden. Das koste viel Zeit.



129. DEUTSCHER ÄRZTETAG

Abgeordnete für Leipzig

Vom 27. bis 30. Mai findet in Leipzig der 129. Deutsche Ärztetag statt. Die Kammerversammlung wählte in ihrer Sitzung im Januar die Abgeordneten der Ärztekammer Westfalen-Lippe:

Fraktion Marburger Bund

Dr. med. Nathalie Becker
Dersim Dagdeviren
Dr. med. Joachim Dehnst
Daniel Fischer
René Uwe Forner
Dr. Bernd Hanswille
Dr. Patricia Kalle-Droste
Stefanie Oberfeld
Prof. Dr. Rüdiger Smektala

Fraktion

Initiative Unabhängiger Fachärzte

Dr. Bernhard Bedorf
Dr. Daniel Krause
Barbara Spill-Doleschal
Dr. Ulrich Tappe

Fraktion Die Hausarztliste

Dr. med. Laura Dalhaus
Christian Deppe
Sigrid Richter
Peter Schumpich

Fraktion Hartmannbund

Dr. med. Han Hendrik Oen

Fraktion Ärzte in Klinik und Praxis

Prof. Dr. Markus Flesch
Prof. Dr. Vera von Dossow

Fraktion

Unabhängige Fraktionsgemeinschaft

Dr. med. Rudolf-Heinrich-Uwe Büsching

Nach den Haushaltsberatungen und für die Besetzung von Gremien waren die Delegierten gleich mehrfach bei Abstimmungen gefragt.

„Warum sollte die Gesellschaft in neu erfundene Berufe investieren, wenn sie für etwas mehr Aufwand und Zeit auch Ärztinnen und Ärzte ausbilden könnte?“ Die Politik traue Ärztinnen und Ärzten generell nicht sonderlich viel zu – doch ohne sie, die für eine 24-Stunden-Versorgung stehen, werde es nicht gehen, betonte Dr. Gehle.

Anforderungen an neue Gesundheitsberufe definieren

Es verstehe sich von selbst, so der Kammerpräsident weiter, dass der Ärzteschaft an guter Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen gelegen sei, ohne diese Zusammenarbeit gehe es nicht. Doch Ärztinnen und Ärzte müssten die Gesamtverantwortung tragen. „Wir müssen unsere Anforderungen an die Ausbildung neuer Berufe definieren. Darüber gibt es noch keine Einigkeit in der Ärzteschaft, und wir müssen schnell eine Antwort auf diese Frage finden“, forderte Dr. Gehle.

Das Ende einer Legislatur bedeute auch das Ende für laufende Gesetzesvorhaben, fuhr Dr. Gehle fort. Kurz vor Toresschluss hätten sich die früheren Ampel-Koalitionspartner dennoch zusammengefunden, zumindest Teile des Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetzes noch zu verabschieden. Damit sollte eine Entbudgetierung im Bereich der allgemeinen hausärztlichen Versorgung auf den Weg gebracht werden. Eigentlich erfreulich – doch noch seien Fragen offen, Probleme ungelöst, legte der Kammerpräsident dar. So hätten die Krankenkassen bereits angekündigt, kein zusätzliches Geld für hausärztliche Leistungen zur Verfügung stellen zu wollen. Die KBV hingegen sehe es als „fast unlösbar“ Aufgabe, die Honorarverteilung zu verändern – und nicht zuletzt warteten auch die niedergelassenen Fachärztinnen und Fachärzte darauf, dass

der Honorardeckel für ihre Arbeit geöffnet werde.

Weil es offenbar schnell gehen musste, habe man in Berlin in Kauf genommen, dass wichtige Aspekte außer Acht gelassen wurden. Dr. Gehle berichtete von Warnungen der Deutschen Diabetes Gesellschaft und weiterer Verbände, dass Änderungen zugunsten von Praxen, die chronisch kranke Patienten versorgen und eigentlich bereits abgestimmt waren, im jüngsten Gesetzesentwurf fehlten. Damit stehe, so die Verbände, die Existenz vieler diabetologischer Schwerpunktpraxen auf dem Spiel. Ein Gesetzes-Schnellschuss, so Gehles Fazit, entschuldige nicht, eine hochwertige Patientenversorgung zu gefährden. „Das kann nicht die richtige Antwort auf unsere Probleme sein.“

Krankenhausplanung: Weiterbildung im Auge behalten

Auch im laufenden Jahr bleibt die neue Krankenhausplanung in NRW ein wichtiges Thema. Zwar habe Gesundheitsminister Laumann Ende 2024 den Abschluss der Planungen verkündet. Beim Versand der Feststellungsbescheide blieb es jedoch nicht, rund 80 Klagen gegen die Entscheidungen zum Leistungsportfolio der Kliniken seien seither bei den Gerichten eingegangen. Dr. Gehle kündigte an, dass die Kammer insbesondere beim Thema „Weiterbildung“ auch künftig hartnäckig am Ball bleiben werde. Mit Kooperationen von Krankenhäusern und Rotationsmodellen solle Ärztinnen und Ärzten in Weiterbildung auch künftig eine Weiterbildung ohne Brüche ermöglicht werden. „Das ist wichtig, denn wenn Weiterbildung nicht funktioniert, verlieren wir Ärztinnen und Ärzte“, warnte Dr. Gehle. Die Kammer fordere daher vom Land eine Rechtsverordnung, die die Krankenhausträger zur Kooperation in Sachen Weiterbildung zwingen.

Auch das Großthema „Digitalisierung“ beschäftigte die Kammerversammlung der ÄKWL einmal mehr. So verwies Dr. Gehle auf den Start der elektronischen Patientenakte (ePA) im Januar, zunächst in Modellregionen, unter anderem in Praxen in Westfalen-Lippe. Gemessen an der jahrzehntelangen Vorbereitung sei der Funktionsumfang der ePA noch sehr überschaubar, merkte der Kammerpräsident an. Er erneuerte die Forderung der Ärzteschaft, dass die ePA einen echten Nutzen für die Versorgung der Patientinnen bringen müsse, um akzeptiert zu werden. Auch dürfe sie nicht noch zusätzliche Arbeit in die Praxen bringen, und nicht zuletzt müsse die Sicherheit der Akte gewährleistet sein.

Von Lücken in der Sicherheit digitaler Anwendungen waren Ärztinnen und Ärzte im Januar auch in Westfalen-Lippe betroffen. Der Ärztekammerpräsident berichtete von einem Datenschutz-Vorfall, den das Unternehmen D-Trust – ein Dienstleister, mit dem die Kammer als Herausgeberin des elektronischen Heilberufsausweises zusammenarbeitet – am 13. Januar berichtet hatte. Daten in einem Antragsportal von D-Trust waren Ziel eines Hacker-Angriffs. Die Ärztekammer Westfalen-Lippe habe daraufhin rund 1700 Ärztinnen und Ärzte informiert, die von dem Vorfall mit personenbezogenen Daten betroffen waren. D-Trust selbst berichtete unterdessen von einer Information des Chaos Computer Clubs, der Angriff gehe auf einen „anonymen Sicherheitsforscher“ zurück und werde keine weiteren Folgen für die betroffenen Ärztinnen und Ärzte haben.

Der Ärztekammerpräsident zog noch eine weitere Verbindungslinie von Ärzteschaft und Digitalisierung: Nach jahrelanger Euphorie bei der Etablierung von Bildschirmmedien in der Schule sei mittlerweile Ernüchterung eingetreten, in einigen Ländern würden Bildschirmmedien bereits wieder aus Schule und Unterricht herausgenommen. Gerade Kinder- und Jugendärzte, so Dr. Gehle, sähen oft die negativen Auswirkungen ausufernder Beschäftigung mit Internet und Sozialen Medien bei Kindern und Jugendlichen. Gehle rief deshalb dazu auf, dass die Ärzteschaft sich für bewussteren und sparsameren Umgang mit Bildschirmmedien einsetzen müsse.

Bei ihrer Sitzung im Januar beriet und beschloss die Kammerversammlung den Haushaltsplan für 2025. Rund 65 Millionen Euro

beträgt das Volumen des Ärztekammer-Haushalts, René Uwe Forner, Vorsitzender des Finanzausschusses, erläuterte den Delegierten das Zahlenwerk im Detail. Noch

bis 2026, so Forner, würden sich die Folgen der Corona-Pandemie auf die Finanzen der Kammer auswirken. Der Ärztekammerbeitrag bleibe auf unverändertem Niveau.

ÄKWL fordert gewissenhaften Umgang mit digitalen Bildschirmmedien in Schulen

In einem einstimmig gefassten Beschluss hat die Kammerversammlung das NRW-Schul- und Bildungsministerium aufgefordert, Konzepte für eine von digitalen Bildschirmmedien freie Schule außerhalb der Nutzung im Rahmen des Unterrichts zu entwickeln. Ziel sei es zum einen, den in den vergangenen Jahren bekannt gewordenen physischen und psychischen Schädigungen, die durch Nutzung digitaler Medien entstehen, präventiv entgegenzuwirken. Außerdem sollten so soziale Interaktionen von Schülerinnen und Schülern und deren Lern- und Konzentrationsfähigkeit verbessert werden.

Ein von der Unabhängigen Fraktionsgemeinschaft (Dres. Büchter, Büsching, Frei, Gärtner, Göhler, Kalhoff, Middendorf-Brummel und Quecke) eingebrachter Antrag legte dar, dass sich die Berichte über negative Folgen der Digitalen Welten im Kindes- und Jugendalter massiv mehren. Studien zum rückläufigen Lernerfolg seien zu lange mit Corona-Infektionen begründet und Warnungen zu den Effekten der Digitalen Bildschirmmedien nicht ernst genommen worden. Digitale Bildschirmmedien lenkten ab, sie beeinträchtigten die Fähigkeit der Schüler, sich auf den Unterricht zu konzentrieren. Die physischen wie psychischen Krankheiten, vor allem Depression, Ängste und Einsamkeit und die Konzentrationsstörungen erforderten ärztliche Konsultationen. Ein Verbot von digitalen Bildschirmmedien in Schulen werde dazu beitragen, negative Folgen zu reduzieren. Deshalb müssten digitale Bildschirmmedien in der Schule bewusster eingesetzt werden.

Ganz explizit werde nicht auf eine Einschränkung pädagogisch sinnvoller

Nutzung digitaler Bildschirmmedien im Unterricht abgezielt, sondern zuvorderst auf die unterrichtsfremde und durch die Lehrkräfte kaum zu kontrollierende private Nutzung von zum Beispiel Smartphones oder Smartwatches.



Digitale Medien in der Schule müssen bewusster eingesetzt werden, fordert die Ärztekammer. ©Drazen – stock.adobe.com

In einem zweiten – ebenfalls einstimmig angenommenen – Antrag (Dres. Böswald, Lücke, Brachwitz, Dagdeviren und Hertel) gab das westfälisch-lippische Ärzteparlament der ärztlichen Sorge Ausdruck, dass die Inzidenz von Angststörungen und das riskante Nutzerverhalten bei Kindern und Jugendlichen im Umgang mit digitalen Medien zunehme. Deshalb forderte das Parlament die Kultusministerkonferenz auf, die Nutzung von digitalen Medien während des Unterrichts in allen Schulen nur auf die Wissensvermittlung und Förderung des Lernens zu beschränken.

Zudem sei es dringend notwendig, mehr Geld für die Finanzierung im Rahmen der Früherkennungsuntersuchungen und von Mediensprechstunden an allen Schulformen, nicht nur Brennpunktschulen einzurichten, um eine zeitgemäße, wertorientierte Medienerziehung bereits ab Geburt bei Eltern und Kindern zu ermöglichen.